

Mariella Falkenhain, Maya Kim

Die Kosten des Austritts aus der Grundsicherung: Ukrainische Geflüchtete im Übergang

Die Frage, wie das komplexe deutsche Transfersystem verändert werden könnte, um Erwerbsanreize zu stärken, ist seit längerem Gegenstand wirtschaftspolitischer Debatten. Dieser Beitrag schlägt eine Perspektiverweiterung vor, die über formale Ansprüche hinausgeht und gelebte Erfahrung einbezieht. Er untersucht aus einer soziologischen Perspektive und basierend auf Ergebnissen von Tiefeninterviews, wie ukrainische Geflüchtete, deren Arbeitsmarktintegration politisch besonders dringlich gefordert wird, den Übergang aus der Grundsicherung in Arbeit erleben. Das abrupte Ende von Transferzahlungen, unerwartete Rück- oder Nachzahlungen und Unsicherheit über die Höhe von aufstockenden Leistungen stellen besondere Belastungen dar, die sich langfristig negativ auswirken können. Neben unbürokratischer, finanzieller Anschubhilfe sollte die Beratung durch Jobcenter im Sinne eines sensiblen Übergangsmanagements gestärkt werden.

Der deutsche Sozialstaat ist derzeit Gegenstand zahlreicher Debatten. Er soll zukunftsfähig werden, bürgerfreundlicher und effizienter. Gerade beim Bürgergeld soll eingespart werden. Dabei wird intensiv diskutiert, wo der Hebel sitzt. Einige Arbeitsmarktexperten, so z.B. Enzo Weber, sehen den wirkungsvollsten Weg darin, Menschen aus der Grundsicherung nachhaltig in Arbeit zu bringen, über Qualifizierung, bessere Unterstützung und positive finanzielle Anreize (Bidder, 2025). Aktuell wird der Anreiz, den Arbeitsumfang auszuweiten bei gleichzeitigem Bezug von Grundsicherungsleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) oder anderen sozialen Leistungen, als gering eingeschätzt, weil die Sozialleistungen in der Folge stark sinken oder ganz wegfallen, sodass sich das verfügbare Einkommen des Haushalts kaum erhöht (Peichl et al., 2023). Im Zentrum der bisherigen, stark ökonomisch geprägten Debatte stehen Modellrechnungen und ein enges, rein finanzielles Verständnis von Erwerbsanreizen, das alternative Rationalitäten des Lebens in Armut ausblendet. Letztere sind in der soziologischen Forschung jedoch seit langem dokumentiert (Jordan et al., 1992; Hirsland & Ramos Lobato, 2010).

In diesem Beitrag untersuchen wir ukrainische Geflüchtete und somit eine Gruppe, deren Arbeitsmarktintegration politisch besonders dringlich gefordert wird, die

aber – wie Geflüchtete aus anderen Kriegs- und Krisenländern – mit zahlreichen strukturellen Benachteiligungen am Arbeitsmarkt konfrontiert ist. Unsere Forschung zeigt, dass der Übergang heraus aus der Grundsicherung eine kritische Schwelle darstellt, die hohes Problempotenzial birgt. Menschen erleben, durchleben und bewältigen diesen Übergang und machen dabei Erfahrungen, die ihre Erwerbsverläufe längerfristig beeinflussen. Der Beitrag zeigt versteckte finanzielle, soziale und psychologische Kosten und Risiken von Übergängen aus der Grundsicherung auf, die in der bisherigen Debatte um Erwerbsanreize zu kurz kommen, und skizziert neue Reformpotenziale.

Plädoyer für eine erweiterte Perspektive: Der Übergang als gelebter Prozess

Unser Fokus auf das subjektive Erleben des Übergangs heraus aus der Grundsicherung basiert *erstens* auf Einsichten aus der soziologischen Forschung zu Übergängen im Lebensverlauf. Übergänge werden hier verstanden als komplexe, zeitlich ausgedehnte Prozesse, die eingebettet sind in frühere und spätere Ereignisse des Lebenslaufs

Dr. Mariella Falkenhain ist stellvertretende Leiterin des Forschungsbereichs „Erwerbslosigkeit und Teilhabe“ im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg.

Maya Kim ist dort wissenschaftliche Mitarbeiterin.

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

und oft längerfristige Konsequenzen haben (Elder, 1985). Übergänge bestehen nicht einfach, sie werden institutionell reguliert, diskursiv artikuliert und subjektiv bewältigt (Wanka et al., 2020). Aus dieser Perspektive ist der Übergang heraus aus der Grundsicherung weit mehr als ein formaler Statuswechsel, dessen Bedeutung sich mit einer vorher-nachher Gegenüberstellung von formalen Ansprüchen erfassen ließe. Vielmehr handelt es sich um einen gestalteten und gelebten Prozess mit potenziell weitreichenden Folgen für Lebensverläufe und Erwerbspfade. Unsere analytische Perspektive ist *zweitens* angelehnt an die US-amerikanische Forschung zu Armut und sozialer Sicherung. Analog zur aktuellen Debatte in Deutschland wird hier aus ökonomischer Perspektive das Problem diskutiert, dass armutsgefährdete Menschen bei steigendem Einkommen Ansprüche auf Sozialleistungen verlieren und dass dies – als rationale Handlungsfolge – die Motivation für eine Ausdehnung der Erwerbsarbeit senken kann (z. B. Roll et al., 2025). In der US-amerikanischen Debatte wird dieses Phänomen als „cliff effects“, „benefit cliffs“ oder „welfare cliffs“ bezeichnet.

Die soziologische Armutsforschung weist darüber hinaus: Studien zeigen, dass Erwerbsentscheidungen nicht nur auf finanziell-rationalen Erwägungen beruhen, sondern insbesondere bei einkommensschwachen Personen auch stark von ihren bisherigen Erfahrungen und ihrer Einschätzung der (Un-)Vorhersehbarkeit der Folgen ihres Handelns geprägt sind (Jordan et al., 1992; Albelda & Shea, 2010). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass auch Aspekte wie Ungewissheit über zukünftige (Ersatz)Ansprüche oder über die Dauerhaftigkeit eines Jobs handlungsleitend sein können. Untersuchungen zeigen auch, dass der plötzliche Verlust von sozialen Hilfen oder unerwartete finanzielle Ausgaben gerade bei Geringverdienenden nicht nur kurzfristig finanzielle Schwierigkeiten auslösen, sondern armutsgefährdete Familien auch langfristig destabilisieren können. Auch haben unerwartete finanzielle Einschnitte große subjektive Resonanz: Sie lösen beispielsweise (Zukunfts)Ängste aus, verursachen Gefühle von Kontrollverlust und werden häufig als individuelles Scheitern gedeutet. Gerade die meist komplizierte Beantragung neuer sozialer Hilfen zur Abfederung der sozialen Härten wird vielfach als entwürdigend erlebt und ist oft schambesetzt (Prenovost & Youngblood, 2010; Desmond, 2016).

Tiefeninterviews mit ukrainischen Geflüchteten

Aktuell sind in Deutschland gut 930.000 Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) gemeldet (BA, 2025a). Rund 500.000 von ihnen erhalten als erwerbsfähige Leistungsberechtigte Bürgergeld. Die Beschäftigungsquote von Ukrainer:innen in Deutschland ist in den letzten zwei Jahren konstant an-

gestiegen und erreichte im Sommer dieses Jahres 35,7 % (BA, 2025a). Parallel dazu ist auch die Zahl der erwerbstätigen Ukrainer:innen in der Grundsicherung angestiegen – zuletzt auf knapp 20 % (BA 2025b). Dies spiegelt einen generellen Trend wider, demzufolge die Zahl der erwerbstätigen Migrant:innen, vor allem Teilzeitbeschäftigte oder Personen in größeren Haushalten, die ihr Einkommen mit Grundsicherungsleistungen aufstocken müssen, zuletzt gestiegen ist (Schäfer, 2025). Mit anderen Worten: Die Gruppe der Ukrainer:innen, die die Grundsicherung vollständig verlassen oder zu sogenannten Aufstocker:innen werden, wird größer und somit wächst auch die Notwendigkeit, die Probleme des Übergangs besser zu verstehen.

Dieser Beitrag basiert auf Daten, die im qualitativen Forschungsprojekt „Geflüchtete aus der Ukraine auf dem Weg in die deutsche Arbeitsgesellschaft“ erhoben wurden. Innerhalb von drei Erhebungsphasen wurden zwischen November 2022 und Januar 2025 insgesamt 84 Tiefeninterviews mit 44, nach kontrastiven Gesichtspunkten ausgewählten, ukrainischen Geflüchteten geführt. 22 von ihnen wurden mehrfach interviewt.¹ Auf Grundlage dieses Sets kontrastiver Fälle wurden mittels interpretativer Verfahren für den Übergang relevante Dimensionen identifiziert, die im Folgenden durch exemplarische Fälle dargestellt werden (Yin, 2017). Bei den Namen handelt es sich um Pseudonyme.

Abruptes Ende von Jobcenter-Zahlungen

Einige Studienteilnehmer:innen haben bereits kurz nach ihrer Ankunft in Deutschland Arbeit aufgenommen. Für manche war dies eine Antwort auf wahrgenommenen politischen Druck und gesellschaftliche Erwartungen, für andere ein Weg zurück zur Normalität nach den Belastungen durch Flucht und Krieg. Unsere Daten zeigen, dass das Ende der Grundsicherungsleistungen als abrupt erlebt wird. Dies liegt insbesondere daran, dass die Grundsicherung am Anfang des Monats im Voraus gezahlt wird, das erste Gehalt aber in der Regel erst in der Mitte oder am Ende des Monats überwiesen wird. Es entsteht also eine Einkommenslücke von einem Monat, die gerade für Familien schwer zu stemmen ist und, wie sich in unseren Daten zeigt, für die Befragten häufig unerwartet eintritt.

Beispiel 1: Dina ist mit ihrem Ehemann und zwei ihrer drei Kinder nach Deutschland gekommen. Das Ehepaar beginnt wenige Monate nach der Flucht gleichzeitig einen Helferjob in einem Großbetrieb, ist aber über eine Zeitarbeitsfirma angestellt. Vom abrupten Ende der Jobcenter-Zahlungen werden sie überrascht.

¹ Wir danken Emilie Dobrovolski und Nadja Brenning für ihren wertvollen Beitrag in der Datenerhebung und dem gesamten Forschungsprojekt.

Die finanzielle Situation des Ehepaars verschlechtert sich weiterhin als sie, ebenso unerwartet, aus der öffentlich geförderten Wohnung ausziehen müssen. Mit Hilfe ihres Netzwerkes finden sie innerhalb von zwei Wochen eine neue Wohnung. Diese ist aber deutlich teurer als die vorige und zu klein für die Familie. Für Dina bedeutet der Übergang aus der Grundsicherung in Arbeit damit vor allem Stress, Instabilität und Kontrollverlust: Neben einem körperlich anstrengenden Job mit Nachtschichten muss sie den Alltag in den ersten Wochen ohne verfügbares Einkommen improvisieren. Sie ist enttäuscht und frustriert, dass sich ihre Anstrengungen so wenig auszahlen.

Gerade bei Erwerbseintritten im Niedriglohnbereich kann mit dem Verlassen der Grundsicherung ein Anspruch auf Wohngeld entstehen. Doch der Übergang hin zu dieser Transferleistung verläuft oft nicht reibungslos. *Erstens* dauert die Beantragung von Wohngeld in der Regel mehrere Monate. Gerade wenn Jobs ohne großen zeitlichen Vorlauf angetreten werden, wird das abrupte Ende der Grundsicherungsleistungen nicht durch die erste Wohngeldzahlung abgefedert, auch wenn formal ein Anspruch besteht. *Zweitens* wissen viele unserer Befragten – so auch Dina – nicht, dass sie einen Anspruch auf Wohngeld haben (können). So bleibt die Beantragung aus oder wird erst verspätet in Angriff genommen. Massive Informationsdefizite in der Bevölkerung wurden auch für die insgesamt sehr geringe Inanspruchnahme von Wohngeld angeführt (Bruckmeier & Wiemers, 2018).

Nur vereinzelt berichteten uns Teilnehmende, dass sie eine Übergangsfinanzierung vom Jobcenter erhalten hätten, mit der sie die Einkommenslücke bei Jobantritt zumindest in Teilen ausgleichen konnten. Dies war nur möglich, weil Berater:innen im Jobcenter sie auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht und bei der Beantragung unterstützt haben. In der Tat können Jobcenter den Übergang in Arbeit finanziell abfedern, gerade bei Erwerbseintritten im Niedriglohnsektor. Das kann z.B. über ein Überbrückungsdarlehen geschehen oder über das so genannte Einstiegsgeld. Die Inanspruchnahme des Einstiegsgeldes ist im Rahmen des Job-Turbos, mit dem die Bundesregierung Geflüchtete schneller in Arbeit bringen will, deutlich angestiegen (Terzenbach, 2024). Beide Finanzierungen sind allerdings an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, liegen im Ermessen der Beratungsfachkräfte und müssen frühzeitig beantragt werden – was wiederum ein frühzeitiges Wissen über die Unterstützungsmöglichkeiten voraussetzt. Die meisten unserer Befragten hatten keine Kenntnis von diesen Möglichkeiten. Einige schrecken auch davor zurück, weil sie befürchten, damit eine verlängerte finanzielle Abhängigkeit vom Jobcenter einzugehen.

Destabilisierende Nach- oder Rückzahlungen nach Ende des Leistungsbezugs

Neben dieser Einkommenslücke berichten einige der Befragten, die eine Arbeit aufgenommen haben, von destabilisierenden Nach- oder Rückzahlungen, mit denen sie nach Beendigung des Hilfebezugs konfrontiert waren.

Beispiel 2: Sofia flieht zusammen mit ihrem Ehemann und ihren drei Kindern nach Deutschland. Direkt nach der Flucht erhält das Ehepaar Grundsicherungsleistungen und das Jobcenter zahlt eine Kautions für die erste Wohnung der Familie. Wenige Monate später nimmt Sofia Arbeit auf. Da der Job qualifikationsadäquat ist und sie entsprechend verdient, verliert die gesamte Familie den Anspruch auf Grundsicherung und das Jobcenter fordert kurz darauf das Geld für die Kautions zurück. Die Rückzahlungsforderung trifft Sofia völlig unerwartet in einer Phase, in der sie sich im Beruf noch nicht stabilisiert hat. Ihr monatliches Einkommen reicht gerade aus, um die essenziellen Ausgaben der Familie zu decken, nicht aber für die Rückzahlung. Es folgt ein monatelanger, für Sofia frustrierender, Briefwechsel mit der Leistungsabteilung des Jobcenters. Ihre Bitte, das Geld in Raten zurückzuzahlen wird erst nach Monaten bewilligt. Sofia glaubt nicht, dass sie das Problem ohne die Hilfe eines Arbeitskollegen hätte lösen können.

Etwas anders gelagert ist der folgende Fall:

Beispiel 3: Aljona, alleinerziehende Mutter, arbeitet in Deutschland als IT-Expertin. Sie erhält eine vierstellige Nebenkostenrechnung für ihre erste Wohnung, die sich auf einen Zeitraum bezieht, in dem sie noch Grundsicherungsleistungen bezogen hatte. Obwohl die Kosten während des Leistungsbezugs entstanden sind, weist das Jobcenter eine Kostenübernahme oder -beteiligung ab, da die Rechnung erst weit nach Beendigung des Leistungsbezugs gestellt wurde. Von der baldigen Zahlungsfrist und der Tatsache, dass das Jobcenter nicht für die Rechnung aufkommt, ist Aljona überrascht. Trotz ihres guten Verdienstes kann sie die Rechnung nicht mit eigenen Mitteln zahlen und muss sich von einem Bekannten Geld leihen. Angesichts hoher Lebenshaltungskosten weiß sie noch nicht, wie sie die Schulden begleichen soll.

In beiden Fällen treffen die Nachzahlungen unsere Befragten unvorbereitet und verursachen längerfristige Belastungen, sowohl finanziell als auch emotional und sozial. Unterstützung in der Bearbeitung der Probleme erhalten die beiden Frauen nicht vom Jobcenter, sondern aus ihrem privaten und beruflichen Umfeld. Retrospektiv überwiegt bei beiden ein Gefühl von Ungerechtigkeit.

Aufstockende Leistungen als Unsicherheitsfaktor

Einige der Teilnehmenden verlassen die Grundsicherung mit der Beschäftigungsaufnahme nicht vollständig. Sie erhalten weiterhin aufstockende Leistungen, weil ihr Gehalt für den Lebensunterhalt nicht ausreicht. Anders als bei den zuvor diskutierten Fällen sind sie also weiterhin Jobcenter-Kund:innen. Sie berichten von anderen Problemen, darunter einer schwierigen Übergangsphase mit zahlreichen Neu- und Nachberechnungen von Leistungsansprüchen. Ein Befragter berichtet von anhaltender Unsicherheit über die Höhe der Leistungen aufgrund seines fluktuierenden Einkommens:

Beispiel 4: Artem, Vater eines Kindes, Partnerin erwerbslos, arbeitet im Bildungsbereich in Teilzeit und bezieht aufstockende Leistungen vom Jobcenter. Er berichtet davon, dass sich sein Einkommen regelmäßig verändert, etwa aufgrund von inflationsbedingten Anpassungen oder Prämien. Diese Veränderungen meldet er stets pünktlich dem Jobcenter. Doch die Antwortbriefe sind für ihn schwer verständlich und suggerieren Fehlverhalten. Artem berichtet von zahlreichen Nachberechnungen der ihm zustehenden Leistungen durch das Jobcenter. Er muss Geld an das Jobcenter zurückzahlen, das er dann in Teilen aufgrund von Fehlberechnungen doch wieder zurück bekommt. Das anhaltende Hin und Her verursacht Stress und generiert Unsicherheit, wie viel Geld der Familie wirklich zur Verfügung steht.

Exit-Kosten und Belastungen wiegen für Geflüchtete besonders schwer

Die hier diskutierten Kosten und Belastungen können grundsätzlich jede Person betreffen, die das Grundsicherungssystem verlässt oder einen Job aufnimmt und weiterhin aufstockende Leistungen bezieht. Und doch ist anzunehmen, dass sie bei Geflüchteten vermehrt auftreten und für sie besonders schwer wiegen.

Erstens starten Geflüchtete unter erschwerten Bedingungen in das komplexe deutsche Sozialsystem. Sie haben sich in der Regel vor der Flucht nicht vorbereiten können auf das, was sie erwartet und haben bei Ankunft keine oder wenig Kenntnisse über sozialrechtliche Ansprüche. Viele sind belastet durch Krieg, Flucht und Verlust. Direkt nach der Flucht sind Geflüchtete mehrheitlich erwerbslos, ohne Wohnung und finanzielle Reserven und somit hilfebedürftig. Gerade in den Wirren des Ankommens kann es dazu kommen, dass staatliche Hilfen fließen (wie die Zahlung der Kautions im Fall von Sofia) ohne dass Geflüchtete davon wissen, oder dass private Entscheidungen getroffen werden (etwa für eine Wohnung, deren Nebenkosten sich später als

horrend herausstellen, siehe Aljonas Fall), die beim Austritt aus der Grundsicherung zum finanziellen Problem werden.

Zweitens arbeiten Geflüchtete häufig in einfachen Jobs mit geringen Gehältern, so auch die mehrheitlich hochqualifizierten Ukrainer:innen (Kosyakova et al., 2025). Dies ist unter anderem mit strukturellen Nachteilen am Arbeitsmarkt, wie geringen Deutschkenntnissen und nicht als gleichwertig anerkannten Qualifikationen, zu erklären. Wir beobachten auch, dass viele unserer Befragten in befristeten Jobs arbeiten, unter anderem da Arbeitgeber angesichts des zeitlich befristeten Aufenthaltstitels davon absehen, längerfristige oder unbefristete Verträge abzuschließen. Die Kosten und Belastungen beim Austritt aus der Grundsicherung treten also in einer Phase auf, die bereits von finanzieller Instabilität und Ungewissheit geprägt ist.

Drittens stehen alleinerziehende Mütter, die sowohl unter unseren Befragten als auch in der gesamten Gruppe der Ukrainer:innen in Deutschland den Großteil ausmachen (Kosyakova et al., 2025), finanziell besonders unter Druck. Sie haben meist hohe Fixkosten und sind als Alleinversorgerinnen ihrer Familien weniger flexibel als alleinstehende Personen, die bei einem finanziellen Engpass beispielsweise mehr arbeiten könnten. So sind finanzielle Engpässe nach dem Verlassen der Grundsicherung gerade für alleinerziehende Mütter nach der Flucht weit mehr als ein individuelles Problem. Sie können die bereits fragile Balance zwischen Sorge- und Erwerbsarbeit und damit die Stabilität in der Familie ins Wanken bringen. Außerdem sind alleinerziehende Mütter der Komplexität des deutschen Sozialsystems besonders ausgesetzt. Viele erhalten für ihre Kinder besondere Sozialleistungen wie den Kinderzuschlag, Kindesunterhalt oder -vorschuss, die mit verändertem Einkommen neu berechnet werden müssen. So kann es, gerade im niedrigen Einkommensbereich in besonderem Maße zu Nachberechnungen und finanzieller Unsicherheit kommen.

Viertens sind viele Ukrainer:innen zwar gut in der ukrainischen Community vernetzt. Doch sind die meisten Bekannten unserer Befragten ebenfalls auf Transferleistungen angewiesen oder arbeiten selbst in schlecht bezahlten Jobs. So scheuen viele davor zurück, sich bei finanziellen Problemen Geld zu leihen, teils aus Risikobewusstsein, teils aus Rücksicht, teils aus Stolz oder Scham. Es können aber auch Situationen der multiplen Verschuldung entstehen, wenn Personen von vielen Bekannten jeweils nur kleine Geldbeträge leihen.

Fünftens stellt die Bearbeitung der Exit-Kosten eine besondere Belastung für Geflüchtete bzw. Zugewanderte insgesamt dar. Die Kommunikation mit der Leistungsabteilung der Jobcenter über Nach- oder Rückzahlungen wird von

unseren Befragten als äußerst schwierig beschrieben, unter anderem aufgrund fehlender Ansprechpartner:innen, schwieriger Erreichbarkeit, komplizierter schriftlicher Behördensprache und fehlender sprachsensibler Unterstützung. Viele würden sich wünschen, Probleme und Lösungen im persönlichen Gespräch klären zu können. So wird die Bearbeitung der Exit-Kosten als oftmals langwierig beschrieben. Die Befragten erleben sich selbst in diesem Kontext als Bittsteller:innen und sehen sich in ihrer Handlungskompetenz stark eingeschränkt.

Sechstens sind Geflüchtete typischerweise mit großer Unsicherheit konfrontiert, gerade wenn ihr Aufenthaltsstatus in Deutschland und damit der Zugang zu Schutz und sozialer Sicherung an Bedingungen geknüpft ist. Für ukrainische Geflüchtete wurde der temporäre Aufenthaltstitel (nach §24 Aufenthaltsgesetz) im November 2024 um ein weiteres Jahr, bis März 2026, verlängert. Auf EU-Ebene ist eine Verlängerung der Richtlinie über vorübergehenden Schutz bis März 2027 bereits beschlossen. Wie es danach weitergeht, und welche Möglichkeiten des „Spurwechsels“ hin zu einem längerfristigen oder permanenten Aufenthaltstitel es gerade für beschäftigte Ukrainer:innen in Deutschland geben wird, bleibt unklar (SVR Integration und Migration, 2025). Viele unserer Befragten sind darüber hinaus unsicher, ob sie überhaupt in die Ukraine zurückkehren wollen bzw. können, selbst wenn der Krieg endet. Für einige wird eine Rückkehr immer unwahrscheinlicher je länger der Krieg andauert; doch wirft dies für die Zukunft schier unlösbare Fragen auf, gerade wenn enge Familienangehörige noch in der Ukraine leben bzw. nicht ausreisen dürfen. In dieser Situation ist das Bedürfnis der Geflüchteten nach Stabilität und Vorhersehbarkeit besonders groß.

Handlungsfolgen und Welleneffekte

Die Kosten und Belastungen des Ausstiegs aus der Grundsicherung verursachen bei ukrainischen Geflüchteten komplexe emotionale Reaktionen. Die Befragten sind durch die unerwarteten finanziellen Belastungen und deren schwierige Bearbeitung irritiert, frustriert und gestresst. Zwar betonen sie in den Interviews stets Dankbarkeit für die gesamte staatliche Unterstützung, die sie in Deutschland erfahren (haben). Daneben steht aber der Eindruck, bei der Bearbeitung der Exit-Kosten und Belastungen weitgehend allein gelassen worden zu sein. Einige fühlen sich für den Weg in Erwerbsarbeit eher bestraft als belohnt.

Ein negativ empfundener Austritt aus der Grundsicherung kann auch längerfristige Konsequenzen haben, darunter negative Spiralen der Prekarität. Weiterhin beobachten wir, dass sich einige unserer Studienteilnehmer:innen vom Staat abwenden. Sie wollen in Zukunft keine staatliche Unterstützung mehr in Anspruch nehmen, auch wenn diese

ihnen zustehen würde. Dieser Effekt ist aus der internationalen Sozialpolitikforschung als „policy feedback“ bekannt und zahlreich dokumentiert (Bruch et al., 2010; Watson, 2014): Die Wahrnehmung und Bewertung der persönlichen Interaktion mit Behörden und ihren Mitarbeitenden – als (un) fair, (un)zugänglich, erniedrigend oder bestärkend – kann größere Folgen haben für Vertrauen in den (Sozial)staat, gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe.

Schließlich können Exit-Kosten und Belastungen auch Welleneffekte generieren. Unsere Daten deuten an, dass sich derartige Erfahrungen schnell in der Community herumsprechen. Wenn der Eindruck entsteht, der Austritt aus der Grundsicherung sei ein Wagnis, kann das Erwerbslose entmutigen, diesen Weg einzuschlagen. Andersherum: Gerade für Menschen in instabilen Lebenslagen – etwa Frauen, deren Ehemänner im Krieg sind – könnte die Schaffung von Vorhersehbarkeit ein wirksamer Anreiz sein für den Schritt heraus aus der Grundsicherung.

Reformpotenziale

Der Übergang aus der Grundsicherung hat bisher sowohl wissenschaftlich als auch politisch kaum Beachtung gefunden. Unsere Ergebnisse verdeutlichen, dass er für Betroffene Kosten generiert, die sich teils aus der Komplexität des deutschen Sozialsystems und dem Nebeneinander verschiedener Subsysteme ergeben. Der Exit verursacht nicht nur finanzielle, sondern auch emotionale und soziale Kosten, die sich teils gegenseitig verstärken und längerfristige Handlungsfolgen haben.

Die befragten Ukrainer:innen sind zwar in besonderem Maße belastet, doch auch andere Grundsicherungsbeziehende berichten systematisch von ähnlichen Problemen (Lo Bello et al., 2025). Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit im Übergang heraus aus der Grundsicherung stellen zentrale Belastungen dar, die auch für andere Grundsicherungsbeziehende abschreckend wirken können. In den aktuellen Überlegungen zur Reform des Sozialstaats sollte dies berücksichtigt werden – *erstens* um das Ziel von Beschäftigungsaufnahmen und der Überwindung von Hilfebedürftigkeit nicht zu konterkarieren; und *zweitens* um die Menschen und ihren wertvollen Beitrag auf dem Arbeitsmarkt anzuerkennen.

Einige mögliche Lösungen wurden oder werden bereits diskutiert, darunter die Vereinfachung der Sozialsysteme. Würde etwa das Wohngeld von gleicher Stelle ausgezahlt wie das Bürgergeld, dann könnten Wartezeiten wegfallen und Schnittstellenprobleme abgemildert werden. Neben der Absenkung von Transferentzugsraten wäre auch ein direkter monetärer Anreiz denkbar, eine Art Anschubhilfe für Grundsicherungsbeziehende, die eine Beschäftigung

aufnehmen oder ausweiten (Weber, 2024). Hierbei wäre wichtig, dass die Kosten der Umsetzung und Inanspruchnahme möglichst geringgehalten werden, d.h. dass die Hilfe nicht beantragt werden muss, keiner Ermessensentscheidung unterliegt, nicht erst im Nachhinein ausgezahlt wird und nicht zurückzahlen ist, damit nicht weitere Verschuldungssituationen entstehen.

Auf Grundlage unserer Ergebnisse empfehlen wir auch, über finanzielle Anreize hinaus zu denken und den Übergang aus der Grundsicherung bei der Arbeitsvermittlung stärker in den Blick zu nehmen. Im Sinne eines sensiblen Übergangsmanagements sollten Jobcenter frühzeitig umfassende und sprachensible Informationsarbeit leisten, unter anderem bezüglich des Wegfalls von Ansprüchen beim Verlassen der Grundsicherung, neuen Ansprüchen und Antragsfristen. Finanzberatung könnte eine präventive Wirkung entfalten, da die entstehenden Kosten beim Austritt aus der Grundsicherung hohe finanzielle Kompetenz und Vorausschau erfordern (etwa die frühzeitige Absprache über Ratenzahlung mit dem Stromanbieter oder Vermieter). Einige Jobcenter praktizieren dies bereits und könnten Erfahrungen, die sie u.a. im Kontext des Job-Turbos gemacht haben, an andere weitergeben. Fest steht aber: Ohne genügend Ressourcen wird ein gut durchdachtes Übergangsmanagement nicht realisierbar sein. Auch die Interaktion mit der Leistungsabteilung der Jobcenter, die von unseren Befragten als besonders belastend erlebt wird, sollte auf den Prüfstand gestellt werden, um zu verhindern, dass die schwierige Bearbeitung von Exit-Kosten Menschen langfristig destabilisiert.

Insgesamt gilt: Der Sozialstaat sollte diejenigen belohnen, die genau das tun, was sozialpolitisch von ihnen erwartet wird. Dazu gehört, die versteckten Kosten des Übergangs aus der Grundsicherung zu verstehen, anzuerkennen und zu reduzieren. Eine derartige Reform dürfte weit größere Wirkungen erzielen als einseitig auf Druck und Leistungskürzungen zu setzen.

Literatur

Albelda, R. & Shea, J. (2010). To Work More or Not to Work More: Difficult Choices, Complex Decisions for Low-Wage Parents. *Journal of Poverty*, 14(3), 245–265.

- Lo Bello, R., Schultheis, F., Tertelmann, F. & Hälbig, J. (2025). *Arbeit lohnt sich immer?! Zwischen Sollen, Wollen und Können. Warum Langzeitarbeitslose trotz Fach- und Arbeitskräftemangel selten in den Arbeitsmarkt eintreten*. Forschungsbericht.
- Bidder, B. (2025). Kann man beim Bürgergeld wirklich 5 Milliarden Euro sparen? Interview mit Enzo Weber. *Der Spiegel*.
- Bruch, S. K., Marx Ferree, M. & Soss, J. (2010). From Policy to Polity: Democracy, Paternalism, and the Incorporation of Disadvantaged Citizens. *American Sociological Review*, 75(2), 205–226.
- Bruckmeier, K. & Wiemers, J. (2018). Benefit Take-Up and Labor Supply Incentives of Interdependent Means-Tested Benefit Programs for Low-Income Households. *Comparative Economic Studies*, 60, 583–604.
- BA – Bundesagentur für Arbeit. (2025a). *Arbeitsmarktsituation von Staatsangehörigen der Asylherkunftsländer (TOP 8) und Ukraine*.
- BA – Bundesagentur für Arbeit. (2025b). *Übergreifende Statistik zu Personen mit der Staatsangehörigkeit Ukraine, Datenstand August 2025*. Statistik der Bundesagentur für Arbeit.
- Desmond, M. (2016). *Evicted: Poverty and Profit in the American City*. Crown Publishing Group.
- Elder Jr., G. H. (1985). *Life Course Dynamics: Trajectories and Transitions, 1968-1980*. Cornell University Press.
- Hirsland, A. & Ramos Lobato, P. (2010). *Armutsdynamik und Arbeitsmarkt*. IAB Forschungsbericht, 3/2010.
- Jordan, B., James, S., Kay, H. & Redley, M. (1992). *Trapped in Poverty? Labour Market Decisions in Low-Income Households*. Routledge.
- Kosyakova, Y., Rother, N. & Zinn, S. (2025). *Lebenssituation und Teilhabe ukrainischer Geflüchteter in Deutschland: Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Befragung*. Forschungsbericht 51. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Peichl, A., Bonin, H. & Stichnoth, H. (2023). *Zur Reform der Transferentzugsraten und Verbesserung der Erwerbsanreize - Kurzversion*. Forschungsbericht 629. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Prenovost, M. A. & Youngblood, D. C. (2010). Traps, Pitfalls, and Unexpected Cliffs on the Path Out of Poverty. *Poverty & Public Policy*, 2(2), 53–82.
- Roll, S., Miller, S. & Despard, M. (2025). *The impact of benefits cliffs and asset limits on low-wage workers: New evidence from a nationally representative survey*. CSD Research Brief, Nr. 25-07.
- SVR Integration und Migration – Sachverständigenrat für Integration und Migration. (2025). *Wie lange ist vorübergehend? Lösungen für das Dilemma des temporären Schutzes von ukrainischen Kriegsflüchtlingen werden gebraucht*. SVR-Kurzinformation, 2025-2.
- Schäfer, H. (2025). Mehr Bürgergeld-Aufstocker: Ergebnis eines arbeitsmarktpolitischen Erfolges? *IW-Kurzbericht*, 66/2025.
- Terzenbach, D. (2024). *Der Job-Turbo: Erfahrungsbericht des Sonderbeauftragten für die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt*.
- Wanka, A., Rieger-Ladich, M., Stauber, B. & Walther, W. (2020). Doing Transitions: Perspektiven und Ziele einer reflexiven Übergangsforschung. In *Reflexive Übergangsforschung: Theoretische Grundlagen und methodologische Herausforderungen* (1. Aufl., S. 11–36). Verlag Barbara Budrich.
- Watson, S. (2014). Does Welfare Conditionality Reduce Democratic Participation? *Comparative Political Studies*, 48(5), 645–686.
- Weber, E. (2024). Eine Anschubhilfe im Bürgergeld könnte die Erwerbsanreize erheblich stärken. *IAB Forum*.
- Yin, R. K. (2017). *Case Study Research and Applications. Design and Methods* (6. Aufl.). SAGE.

Title: The costs of leaving basic income support: Ukrainian refugees in transition

Abstract: For some time, economic policy debates have focused on how the complex German system of social transfers could be changed to strengthen work incentives. This article proposes a broader perspective that goes beyond formal legal entitlements to encompass the lived experiences of welfare leavers. It explores from a sociological perspective and based on in-depth interviews, how Ukrainian refugees, whose labour market integration is of particular political priority, experience the transition out of basic income support. The abrupt end of transfer payments, unexpected repayments, and uncertainty about the amount of supplementary benefits pose particular burdens that can have a negative long-term impact. In addition to unbureaucratic financial start-up assistance, job centers should provide a sensitive transition management.